

Viele Bürgermeister wollen den Energiekonzernen einen Teil des Geschäfts streitig machen: Sie planen, die kommunalen STROMNETZE zurückzukaufen. Für die Steuerzahler kann das teuer werden

Waldbröls Bürger-
meister Peter
Koester, CDU,
vor einem
Umspannwerk



Reihenweise stehen in Waldbröl die Geschäfte leer, die Straßen sind marode, Schulen müssen dringend renoviert werden, und Vereine werden regelmäßig Zuschüsse gekürzt. Auf jedem Bürger lasten 4037,57 Euro kommunale Schulden, und der Bürgermeister darf nur noch einen Haushaltsplan führen. Waldbröl, wie man sagen, ist eine ganz normale deutsche Stadt.

Bernd Kronenberg, ein Polizist in Schnauzer und SPD-Fraktionsvorsitzender im Stadtrat, sitzt im Café Ulbrich nahe den verwaisten Straßen. Er glaubt zu wissen, wo die Stadt seine Wurzel hat: Waldbröl machte im Haushaltsjahr 2010 rund acht Millionen Euro Schulden – RWE machte im selben Zeitraum 7,7 Milliarden Euro Gewinn. Das könne doch nicht sein. Es dürften nicht riesige Vermögen angehäuft werden, von denen nur wenige profitieren. Deshalb will das kleine Waldbröl dem großen RWE-Konzern nun eine Geldquelle abtrotzigen.

Es geht um das Stromnetz der Stadt: die Kabel im Boden, die Elektrizität von den Überlandleitungen in die Haushalte transportieren. Auf diesen Wegen, versteht Kronenberg, saugt RWE das Netzentgelt den Bürgern ab, sodass die Geschäfte leer blieben und die Gewerbesteuereinnahmen sanken. Um das zu ändern, will die Kommune ein Stadtwerk gründen. Es soll das Netz von RWE kaufen und die Millionen langfristig in die leere Stadtkasse leihen. Alles ganz einfach, kalkuliert der Sozialdemokrat: So fließen die Gewinne direkt an die Bürger zurück.

Die Netzvisionen des Bärtigen aus dem Bergischen könnte man in Provinzgeschichte abtun – denn nicht inzwischen bundesweit Tausende Ratsherren und Bürger ähnlich dächten. Landauf, Stadtab planen bettelarme Kommunen, die örtlichen Stromnetze zu kaufen oder vollständig zu übernehmen, darunter Metropolen wie Hamburg oder Stuttgart. Kommu-

nalberater berichten von einer geradezu euphorischen Aufbruchstimmung in den Rathäusern, seitdem die Bundesregierung die Energiewende ausgerufen hat. In mehr als 40 Städten wurden neue Stadtwerke gegründet – und seien die Kassen noch so leer.

Ihren Bürgern versprechen die Kommunalpolitiker meist, auch die Energiewende zu beschleunigen. Und hier beginnt das Missverständnis: Kein Stadtwerk darf grünem Strom Vorfahrt gewähren. Es muss – wie Eon, RWE oder EnBW – auch den Saft aus Atom- oder Kohleleibern ohne jede Diskriminierung durchleiten, so will es das Gesetz.

Aber vielen Kommunen geht es sowieso nur vordergründig um die Energiewende. Vielmehr lockt das Geld: Um Stadtnetze betreiben zu können, müssen Unternehmen wie RWE oder Eon Konzessionen beantragen, weil ihre Kabel unter öffentlichen Wegen liegen. Tausende solcher Konzessionsverträge laufen in den nächsten Jahren aus. Laut Gesetz steht es den Städten nun frei, die Konzessionen zu verlängern – oder die Netze zu kaufen. Vor allem Grüne, Sozialdemokraten und Linke in den Räten sehen darin eine Chance. In den bundesweit rund 5000 Netzgebieten von RWE erwägen zwei Drittel der Kommunen einen Kauf und wären bereit, neue Millionenkredite dafür aufzunehmen. Volkswirt Eberhard Kanski vom Bund der Steuerzahler NRW sagt dazu: „Die sollten lieber zusehen, dass sie bei der guten Konjunktur ihre Schuldenberge abbauen.“

Denn ein Stromnetz in kommunaler Hand liefert nicht zwangsläufig Gewinne. Im Gegenteil: Erwerb und Betrieb sind finanziell hochriskant. Das fängt beim Kaufpreis an. Üblicherweise bieten Kommunen den sogenannten Ertragswert – das ist rund die Hälfte des Sachwerts, den der Vorbesitzer verlangt. Über den endgültigen Preis muss dann fast immer ein Gericht entscheiden. So erfahren die Käufer manchmal erst viele Jahre nach der Netzübernahme, was sie zahlen müssen. Mehr

noch: Wenn die Kommune die hohe Forderung des Verkäufers während des Prozesses nicht vorschießt, bleibt das Netz bis auf Weiteres in der Hand des Vorbesitzers. Die Kommune sitzt folglich jahrelang auf den Kosten des Stadtwerks, ohne mit dem Netzbetrieb Geld einzunehmen.

Ein Netzbetreiber darf ohnehin nicht unbeschränkte Gewinne erwirtschaften. Da Stromnetze sogenannte natürliche Monopole sind, hat der Staat die Renditen gedeckelt. Die Energieriesen kommen leicht auf sieben bis acht Prozent, denn sie haben viele Netze abgeschrieben. Eine Kommune muss aber die Kreditkosten gegenrechnen – da bleiben nach Expertenschätzung kaum mehr als magere drei Prozent übrig. Je nach Netzstruktur könne es bis zu 15 Jahre dauern, bis Städte überhaupt die Gewinnschwelle erreichen – wenn alles glattläuft.

Aber wehe, es fallen zwischen durch unerwartete Investitionen an. Etwa wenn kilometerweise neue Kabel auf ferne Bauernhöfe verlegt werden müssen, weil Landwirte ihre Scheunen fleißig in Photovoltaik-Kraftwerke umbauen. Wenn reihenweise Tankstellen für Elektroautos installiert werden. Wenn ein Unwetter das Umspannwerk beschädigt oder die Bundesnetzagentur, wie vorgesehen, den teuren Umbau der Infrastruktur in energiesparende Netze („Smart Grids“) verlangt. Oder wenn auch nur der Kreditzins deutlich steigt. Dann rauscht das Netzexperiment der Städte in die roten Zahlen und wird zum Desaster für alle Bürger. „Viele Netzübernahmen stehen von Anfang an unter Wasser“, sagt Martin Brück von Oertzen. Der Rechtsanwalt aus Hamm, seit 16 Jahren Kommunalberater, betreut zurzeit 15 Städte, die Stromnetze kaufen wollen. Bei einigen wenigen bewertet er die Chancen als gut – mehr als der Hälfte rät er von vornherein ab.

In kleinen Gemeinden wie Waldbröl, dessen 64 Ortsteile im Bergischen Land verstreut sind, wo es also viel Leitung für wenig Stromkunden gibt, ist das Wag-



Bernd Kronenberg, SPD, träumt von Millionengewinnen für seine Gemeinde



Wolfgang Pantföhrer und Christoph Tesche (beide CDU) rechnen für Recklinghausen

nis besonders hoch. Trotzdem sagt Bürgermeister Peter Koester (CDU): „Ich gehe davon aus, dass wir das Netz kaufen, wenn eine akzeptable Wirtschaftlichkeit erzielt werden kann.“ Eine Stadtwerke GmbH mit sprudelnden Einnahmen, so malt er sich aus, befreie ihn vom Sparzwang. Gewinne aus dem Stromnetz könnten mit Verlusten aus dem Schwimmbad steuerlich verrechnet werden. Und er träumt auch schon von einem Wahlgeschenk: einer neuen Saunalandschaft.

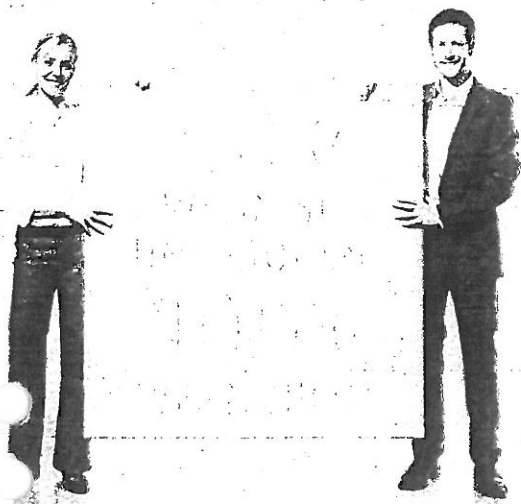
und risikolos in den Stadtsäckel fließt? Allein in Waldbröl sind das 600 000 Euro pro Jahr.

Und muss man Straßen kaufen, wenn man Elektroautos fahren will? Wenn Kommunen schon bereit sind, neue Millionenkredite aufzunehmen, dann wäre es viel sinnvoller, das Geld direkt in die Erzeugung von Ökostrom zu investieren. Also in Solarparks, Windräder, Kraft-Wärme-Kopplung, die per gesetzlicher Einspeisvergütung zudem sichere Renditen bringen.

lust konnte angeblich gerade noch abgewendet werden.

Jetzt steht ein neues Wagnis an: der Kauf des Strom- und Gasnetzes von RWE. Kosten: bis zu 80 Millionen Euro. Allein die Berater haben schon 150 000 Euro kassiert. Bürgermeister und Kämmerer sind vorsichtig geworden. Doch eine wild entschlossene, mehrheitsfähige Ratskoalition aus SPD, FDP, Grünen, Linke und Kleiparteien treibt das Projekt voran. Motto: Wir werden es den Strombossen richtig zeigen. „Einige Poli-

Das comdirect Girokonto mit Zufriedenheitsgarantie!



Garantiert kostenlos. Ohne Mindestgeldeingang

- Kostenlose Kontoführung
- Kostenlose ec-/Maestro- und Visa-Karte
- Kostenlos weltweit Bargeld abheben²
- Kostenloses Tagesgeld PLUS-Konto inklusive

Deutschlands Beste Bank

Gesamtsieger 2011
Ausgabe 5/2011

€uro

www.comdirect.de

01803-44 45³

oder SMS mit GIRO1 an 72626⁴

.comdirect

Ihr Geld kann mehr

¹ Details unter www.comdirect.de/zufriedenheitsgarantie ² Im Ausland an Geldautomaten mit der Visa-Karte, im Inland mit der ec-/Maestro-Karte an rund 9.000 Automaten der Cash Group ³ 0,09 Euro/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunkpreis max. 0,42 Euro/Min ⁴ Standard-SMS ohne weitere Kosten.

Sein Parteifreund, CDU-Fraktionschef Andre Steiniger, hört ihm zu und legt die Stirn in Falten. Er war selbst Geschäftsführer einer Energiegenossenschaft und kennt die Unbill des Strommarktes. Er sagt: „Es gibt für die Bürger Waldbröl viel mehr Risiken als Chancen.“

Kritiker wie Steiniger treiben noch andere Fragen um: Warum sollten Kommunen Stromleitungen auf Dauer besser in Schuss halten als Straßen? Sollte sich eine Stadt nicht besser mit der Konzessionsabgabe von RWE und den anderen Netzbetreibern zufriedengeben, die automatisch

Aber nicht alle in den Räten sind kühle Rechner. In Recklinghausen sitzen Bürgermeister Wolfgang Pantförder und Kämmerer Christoph Tesche, beide CDU, im ersten Stock des Rathauses. Ein imposanter Bau der deutschen Neorenaissance, der an Zeiten erinnert, als die Stadt noch keine 300 Millionen Euro Schulden hatte. Die beiden haben schon einmal ein Risiko unterschätzt: Sie fielen mit einem Steuertrick, der Verpachtung und Rückmietung des städtischen Kanalnetzes in die USA („Cross Border Leasing“), böse auf die Nase. Ein Millionenver-

tiker haben sicherlich Dollarzeichen in den Augen“, sagt Tesche.

Im Rathaus von Recklinghausen, glaubt er, habe wie in vielen anderen Städten niemand eine Ahnung davon, wie man ein Netz betreibt. Woher auch? Er würde daher gern RWE an dem kommunalen Projekt beteiligen, schon wegen des Know-hows. Aber Energiekonzerne als Mitgesellschafter lehnt die Opposition kategorisch ab. Sie will sich lieber mit anderen Kommunen, die teils auch keinen Schimmer haben, zusammenschließen. Als ob Weisheit entstünde, wenn sich zwei Ahnungslose zusammentun. ✕

Rolf-Herbert Peters